



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **BioRegio statt Projekt-Durcheinander: Fördermittel dorthin vergeben wo echte Transformation passiert**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die bestehenden strukturellen und institutionellen Kapazitäten im Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus, der ministeriellen ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Bio und Regio in staatlichen Kantinen“, der Marketingagentur des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus – Agentur für Lebensmittel – Produkte aus Bayern, der Behörden und Einrichtungen im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus, wie dem Kompetenzzentrum für Ernährung, der Landesanstalt für Landwirtschaft, sowie der staatlichen Akteure der Heimatagenturen, der neun Modellgebiete Regionale Gemeinschaftsverpflegung und der Sachgebiete Gemeinschaftsverpflegung an den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zum Ausbau gesunder, ökologischer und regionaler Ernährung nutzen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, diese Kapazitäten strategisch zu vernetzen und transparent darzustellen und so mehr Wirksamkeit, Zielklarheit und Steuerungstiefe zu erreichen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die politisch gesetzten Ziele wie 30 Prozent Ökolandbau bis 2030 (BioRegio 2030)

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die staatlich geförderten Ökomodellregionen, die seit Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung des bayerischen Strategie- und Förderprogramms BioRegio 2030 leisten, verlässlich und dem Ziel angemessen zu unterstützen. Die Haltung der Staatsregierung, die Auflösung von Ökomodellregionen aufgrund fehlender Mittel für das Projektmanagement in Kauf zu nehmen, ist zu überdenken.

Neue Projekte, wie das Projekt „so isst Bayern“ in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Bauernverband und der Landwirtschaftlichen Qualitätssicherung Bayern GmbH, sind, gerade vor dem Hintergrund klammer Staatskassen, darauf zu prüfen,

- welche neuen eigenständigen und innovativen Ziele verfolgt werden,
- welcher nachweisliche Mehrwert den zusätzlichen Verwaltungsaufwand und die Kosten rechtfertigt.

### **Begründung:**

Die Förderung gesunder, ökologischer und regionaler Ernährung ist ein zentrales Ziel der Staatsregierung. Zahlreiche bestehende Strukturen, Institutionen und Programme widmen sich bereits genau diesem Aufgabenfeld. Dazu zählen insbesondere:

- das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus selbst,
- die ressortübergreifende Arbeitsgruppe „Bio und Regio in staatlichen Kantinen“,
- die Agentur für Lebensmittel – Produkte aus Bayern,
- das Kompetenzzentrum für Ernährung,
- die Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft,
- die Heimatagenturen,
- die neun Modellregionen für Regionale Gemeinschaftsverpflegung,
- die Sachgebiete Gemeinschaftsverpflegung an den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Diese zahlreichen vorhandenen Akteure und Strukturen im Bereich Ernährung und Landwirtschaft bieten eine breite fachliche und operative Abdeckung der Themen Regionalität, Bio, Qualitätssicherung und Verbraucherbildung. Sie verfügen über ein hohes Maß an Fachwissen, Erfahrung und Umsetzungskompetenz, Koordinierungsfunktionen und Praxisnähe. Entscheidend ist, diese Qualität zu bündeln und die Kräfte zu fokussieren: Es braucht Klarheit, Transparenz und eine konsequente Ausrichtung auf Wirksamkeit und Ressourceneffizienz. Die bestehenden Kapazitäten sollen gezielt vernetzt und die verfügbaren Projektmittel dort eingesetzt werden, wo sie tatsächlich strukturellen Wandel ermöglichen und echte, notwendige Transformation bewirken können.

Es braucht keine neuen Projekte wie „so isst Bayern“, die an anderen Stellen dringend benötigte Mittel binden und den Verwaltungsaufwand erhöhen. Denn das erklärte Ziel, regionale Lebensmittel aus Bayern zu fördern, das Verbraucherbewusstsein zu stärken und die heimische Landwirtschaft zu unterstützen, überschneidet sich in weiten Teilen inhaltlich, strukturell und strategisch mit bereits bestehenden und bewährten Initiativen – insbesondere mit dem Landesprogramm BioRegio 2030 und den daraus hervorgehenden Öko-Modellregionen. Diese setzen bereits auf eine nachhaltige, regionale und ökologische Landwirtschaft, integrieren Kommunen, Verbraucherinnen und Verbraucher und die Betriebe der Lebensmittelverarbeitung und arbeiten auf klar messbare Ziele wie den Ausbau des Ökolandbaus auf 30 Prozent hin.

Eine Förderung regionaler Lebensmittel ohne verbindliche ökologische oder nachhaltige Kriterien kann auch nicht Ziel des Zukunftsvertrags Bayern sein, denn sie verwässert das Nachhaltigkeitsverständnis bei Verbraucherinnen und Verbrauchern und konkurriert mit echten Zukunftsinitiativen um öffentliche Aufmerksamkeit.